

Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz - Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Die „Tannus-Zeitung“ mit ihren Neben-Ausgaben erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis einschließlich der Wochen-Zeitung „Tannus-Blätter“ (Dienstags) und des „Illustrierten Sonntags-Blattes“ (Freitags) in der Geschäftsstelle oder ins Haus gebracht vierteljährlich M. 1.75, monatlich 60 Pfennig, beim Besteller und am Zeitungskiosk der Postämter vierteljährlich M. 1.80, monatlich 60 Pfennig (Beleggeld nicht mit eingerechnet). — Anzeigen: Die 50 mm breite Zeitzeile 10 Pfennig für ständige Anzeigen, 15 Pfennig für auswärtsige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Beitragzeile im Textfeld 35 Pfennig; tabellarischer Satz

Donnerstag

1
Februar

wird doppelt berechnet. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschlag. Jede Nachschaltung wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Angelegenheiten. — Einfache Beilagen: Tausend M. 3. — Anzeigen-Ausnahme: größere Anzeigen bis 9 Uhr vormittags, kleinere Anzeigen bis 12 Uhr vormittags. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 27 · 1917

Verantwortliche Schriftleitung Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Der Kampf aufs Letzte!

Eine deutsche Note an Amerika.

Berlin, 31. Jan. (W. B. Amtlich.) Der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ist heute die folgende Note übermittelt worden:

Berlin, den 31. Jan. 1917. Euerer Excellenz haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. d. Mts. von der Botschaft Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den amerikanischen Senat gerichtet hat. Die Kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Botschaft mit der ernststen Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, die den von hohem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zufließt. Es gereicht mir zu großer Genugtuung, festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutsamen Rundgebung in weitem Umfang mit den Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennet. Hierzu gehört an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen. In Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es aufrichtig begrüßen, wenn Völker wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangten. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerbs um die Macht hineintreiben und sie in ein Netz eigenmächtiger Intrigen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine freudige Mitarbeit allen Bemühungen gewillt, die auf die Verhütung künftiger Kriege abzielen.

Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Bestand und den friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört. Um so tiefer beklagt es die Kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen.

Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten und hatten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker bezeichnet. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Zerschmetterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Ueberzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar. Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmherziger Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen zuvor erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absichten gelegen habe. Deutschland wolle in dem mit Belgien zu schließenden Frieden lebhaftest Vorzüge dafür treffen, daß dieses Land, mit dem die Kaiserliche Regierung in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von dem Gegner nicht zu feindseligen Anschlüssen ausgenutzt werden kann. Solche Vorzüge ist umso dringender geboten, als die feindseligen Machthaber in wiederholten Reden und Artikeln seit dem Abschluß der Pariser Wirtschaftskonferenz unerbittlich die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigten anzuerkennen, vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen.

An der Eroberungsfucht der Gegner, die den Frieden diffundieren wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätsprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Österreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstören und zu enteignen. Dem Versöhnungsversuch stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs Äußerste.

So ist eine neue Schlacht entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt. Seit 2 1/2 Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechts unterbindet die von England geführte Machtgruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach

ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharret bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So häuft britische Herrschaft kalten Herzens die Leiden der Welt, unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Rechte der Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen. Jeder Tag, den das furchtbare Ringen andauert, bringt neue Verwüstungen, neue Not und neuen Tod, jeder Tag, um den der Krieg abgeklärt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferer Krieger das Leben und ist eine Wohltat für die vereinigte Menschheit.

Die Kaiserliche Regierung würde es vor ihrem eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unversucht ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsident der Vereinigten Staaten hatte sie gehofft, dieses Ziel durch Verhandlungen zu erreichen. Nachdem der Versuch von dem Gegner mit verschärfter Kampfanlage beantwortet worden ist, wird die Kaiserliche Regierung, wenn sie in höherem Sinne der Menschlichkeit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem aufgezwungenen Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortführen. Sie muß daher auch die Beschränkungen fallen lassen, die sie bisher in der Verwendung ihrer Kriegsmittel zur See auferlegt hat.

Im Vertrauen darauf, daß das amerikanische Volk und seine Regierung sich den Gründen dieses Entschlusses und seiner Notwendigkeit nicht verschließen werden, hofft die Kaiserliche Regierung, daß die Vereinigten Staaten die neue Schlacht von der hohen Warte der Unparteilichkeit würdigen und auch an ihrem Teil daran mithelfen werden, weiteres Elend und vermeidbare Opfer an Menschenleben zu verhüten.

Indem ich wegen der Einzelheiten der geplanten Kriegsmassnahmen zur See auf die anliegende Denkschrift Bezug nehmen darf, darf ich gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß die amerikanische Regierung amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in die in der Anlage beschriebenen Sperrgebiete und ihre Staatsangehörigen davor warnen wird, den mit Häfen der Sperrgebiete verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

Ich benutze diesen Anlaß, um Eurer Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Zimmermann,
Staatssekretär des Reichern.

Die deutschen Sperrgebiete.

Die in der Note erwähnte Denkschrift lautet wie folgt: Vom 1. Februar 1917 ab wird in den nachstehend bezeichneten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten. Deutsche Sperrgebiete sind:

A) im Norden ein Gebiet um England und Frankreich, das begrenzt wird durch eine Linie von 20 Seemeilen Abstand längs der holländischen Küste bis Ter Schelling-Feuerschiff, von da in 20 Seemeilen Abstand entlang der spanischen Nordküste bis zur französischen Grenze.

B) im Süden das Mittelmeer. Der neutralen Schifffahrt bleibt offen das Seegebiet westlich der Linie Pt. de l'Esperance bis 38 Grad 20 Min. Nord und 6 Grad Ost, nördlich und westlich eines 60 Seemeilen breiten Streifens längs der nordafrikanischen Küste, beginnend auf 2 Grad Westlänge.

Zur Verbindung dieses Seegebietes mit Griechenland ist ein breiter Streifen von 20 Seemeilen offengelassen.

Neutrale Schiffe, die das Sperrgebiet befahren, tun dies auf eigene Gefahr, wenn auch Vorsorge getroffen

ist, daß neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete sind, während einer angemessenen Frist geschont werden. Sonst wäre noch dringend anzuraten, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgelenkt werden. Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete sind, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete noch verlassen, wenn sie vor dem 15. Februar auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Der Verkehr der regelmäßigen amerikanischen Passagierdampfer kann unbehelligt weiterhin geschehen, wenn a) Falmouth als Zielhafen genommen wird; b) auf dem Hin- und Rückwege die Schiffs- sowie ein Punkt 50 Grad Nord 20 Grad West angesteuert wird — auf diesem Wege werden keine deutschen Minen gelegt werden; c) die Dampfer die folgende besondere in den amerikanischen Häfen ihnen allein gestattete Abzeichen führen: Anstrich des Schiffsrumpfes und der Aufbauten, drei Meter breite Vertikal-Streifen, abwechselnd weiß und rot, in jedem Waite eine auf weiß und rot karierte Flagge, am Heck amerikanische Nationalflagge, bei Dunkelheit müssen Rotationsflagge und Anstrich der Schiffe nach Möglichkeit von weitem gut erkennbar und die Schiffe durchweg hell erleuchtet sein; d) ein Dampfer wöchentlich in jeder Richtung geht, dessen Ankunft in Falmouth Sonntags, Abfahrt aus Falmouth Mittwochs erfolgt; e) Garantie der amerikanischen Regierung gegeben wird, daß diese Dampfer keine Bannware (nach deutschen Bannwarelisten) mit sich führen.

Karten, in welchen die Sperrgebiete eingezeichnet sind, sind in je zwei Exemplaren beigelegt.

An die Regierungen der anderen neutralen Staaten sind entsprechende Noten übermittelt worden.

Begründung durch den Reichskanzler.

Berlin, 31. Jan. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages begründete der Reichskanzler in einer längeren Rede die Maßregel der Reichsregierung zur uneingeschränkten Anwendung des Unterseebootkrieges. Er sagte, die Schuld hierfür fällt allein auf unsere Gegner. Zum Kampf aufs Letzte sind wir herausgefordert worden. Wir nehmen die Herausforderung an. Wir setzen alles ein und wir werden siegen und durch diese Entwicklung der Dinge ist die Entscheidung über die Führung des U-Bootkrieges in ihr letztes und aktuelles Stadium gedrängt worden. In diesem Ausschuss hat die Frage des U-Bootkrieges dreimal beschäftigt, im März, im Mai und im September vorigen Jahres. Ich habe jedesmal den Herren in eingehenden Darlegungen das Für und Wider der Frage vorgetragen. Ich habe mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß ich nicht als grundsätzlicher Anhänger oder Gegner der uneingeschränkten Anwendung der U-Boote, sondern in Erwägung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation, immer von der Prüfung der Frage ausging: Bringt uns der uneingeschränkte U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden näher oder nicht? Jedes Mittel, sagte ich im März, das den Krieg abzukürzen geeignet ist, ist das allerhumanste. Auch das rücksichtsloseste Mittel, das uns zum Siege und zum Frieden führt, sagte ich damals, muß angewendet werden.

Der Reichskanzler führte dann weiter aus, weshalb er im März und im Mai des vergangenen Jahres gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg gewesen sei und weshalb die Frage auch im September nach dem übereinstimmenden Urteil der politischen und der militärischen Leitung nicht spruchreif war.

Er kam in diesem Zusammenhang auf seine frühere Erklärung zurück: Sobald ich in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung zu der Ueberzeugung komme, daß uns der rücksichtslose U-Bootkrieg dem siegreichen Frieden nähert, dann wird der U-Bootkrieg gemacht werden. Dieser Zeitpunkt, fuhr er fort, ist jetzt gekommen. Im vorigen Herbst war die Zeit noch nicht reif. Aber heute ist der Augenblick gekommen, wo wir mit der größten Aussicht auf Erfolg das Unternehmen wagen können. Einen späteren Zeitpunkt dürfen wir also auch nicht abwarten. Was hat sich geändert? Schon das wichtigste, die Zahl unserer U-Boote hat sich

gegen das Vorjahr sehr wesentlich erhöht. Damit ist eine feste Grundlage für den Erfolg geschaffen.

Dann der zweite mitauschlaggebende Punkt: Die schlechte Weltgetreideernte. Sie stellt schon jetzt England, Frankreich und Italien vor ernste Schwierigkeiten. Wir haben die feste Hoffnung, diese Schwierigkeiten durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg zur Unmöglichkeit zu steigern. Auch die Kohlenfrage ist im Kriege eine Lebensfrage. Sie ist schon jetzt, wie Sie wissen in Frankreich und Italien kritisch, unsere U-Boote werden sie noch kritischer machen.

Hinzukommt namentlich für England die Zufuhr von Erzen für die Munitionsfabrikation im weitesten Sinn und von Holz für den Kohlenbergbau.

Nach gesteigert werden die Schwierigkeiten unserer Feinde auf diesem Gebiet durch die Zunahme der feindlichen Frachtraumnot. Hier hat die Zeit und hat der Kreuzerrieg der U-Boote den entscheidenden Schlag vorbereitet. Unter der Frachtraumnot leidet die Entente in allen ihren Gliedern. Sie macht sich für Italien und Frankreich nicht weniger als für England geltend.

Dürfen wir so jetzt die positiven Vorteile des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sehr viel höher einschätzen als im vorigen Frühjahr, so sind gleichzeitig die Gefahren, die uns aus dem U-Boot-Krieg erwachsen, seit jener Zeit gesunken. Der Reichskanzler erörterte darauf eingehend die allgemeine politische Lage.

Er fuhr darauf fort: Der

Feldmarschall von Hindenburg

hat mir vor wenigen Tagen die Lage wie folgt bezeichnet: Unsere Front steht auf allen Seiten fest. Wir haben überall die nötigen Reserven. Die Stimmung der Truppen ist gut und zuversichtlich. Die militärische Gesamtlage läßt es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nach sich ziehen könnte, und weil dieser U-Boot-Krieg unter allen Umständen ein Mittel ist, um unsere Feinde auf das schwerste zu schädigen, muß er begommen werden.

Admiralsstab und Hochseeflotte sind der festen Überzeugung, einer Überzeugung, die in den Erfahrungen des U-Bootkreuzerrieges ihre praktische Stütze findet, daß

England durch die Waffe zum Frieden gebracht werden wird.

Unsere Verbündeten stimmen unserer Ansicht zu. Oesterreich-Ungarn schließt sich unserem Vorgehen auch praktisch an. Ebenso wie wir um England und die Westküste von Frankreich ein Sperrgebiet legen, indem wir jede Schifffahrt nach den feindlichen Ländern zu verdrängen trachten werden, ebenso erklärt Oesterreich-Ungarn ein Sperrgebiet um Italien. Allen neutralen Ländern ist für den Verkehr untereinander außerhalb des Sperrgebietes freie Bahn gelassen. Amerika bieten wir, ebenso wie wir es schon 1916 getan haben, unter bestimmten Modalitäten gesicherten Personenverkehr auch mit bestimmten englischen Häfen an.

Darauf verlas der Reichskanzler die Note an die Regierung der Vereinigten Staaten und teilte mit, daß entsprechende Noten an die übrigen Neutralen gerichtet worden sei.

Der Reichskanzler schloß mit folgenden Worten: Niemand unter uns wird vor dem Ernst des Schrittes, den wir tun, die Augen verschließen. Daß es um unser Leben geht, weiß seit dem 4. August 1914 jeder, und durch die Ablehnung unseres Friedensangebotes ist dieses Wissen blutig unterstrichen. Als wir 1914 gegenüber der russischen Generalmobilmachung zum Schwerte greifen mußten, da taten wir es in dem Gefühl tiefer Verantwortung gegen unser Volk und in dem Bewußtsein entschlossener Kraft, die da spricht: Wir müssen, darum können wir auch! Unendliche Ströme Blutes sind seitdem geflossen. Aber das Müssen und Können werden sie nicht wegwaschen. Wenn wir uns jetzt zur Anwendung unserer Waffen und schärfsten Waffen entschlossen haben, so leitet uns nichts als nüchterne Erwägung aller in Frage kommenden Umstände, nichts als der feste Wille, unserem Volke herauszuhelfen aus der Not und Schmach, die uns unsere Feinde zugebracht. Der Erfolg steht in höherer Hand. Wir werden ihn für unser Vaterland zu erzwingen wissen. Seien Sie überzeugt, meine Herren, nichts dazu ist veräußert, alles dazu wird geschehen.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes machte im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers Mitteilungen vom militärischen und marineteknischen Standpunkt aus.

Der Staatssekretär des Innern behandelte an der Hand ausführlicher statistischer Angaben die wirtschaftliche Weltlage.

Sodann machte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Mitteilungen über eine Reihe besonderer Fragen. Es folgte eine geheime Sitzung des Ausschusses.

Bei der alsdann wieder aufgenommenen vertraulichen Beratung nahmen Vertreter des Zentrums, der National-liberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei das Wort. Morgen Vormittag wird die Beratung fortgesetzt.

Lokalnachrichten.

* **Rödigstein, 1. Febr.** Herr Hofpediteur Adam Kroth, dem erst in vergangener Woche ein Pferd einging, hat jetzt den Verlust eines weiteren zu beklagen. In vergangener Nacht wurde das Tier von Rokit befallen und mußte, da es Kroth nicht gelang, ärztliche Hilfe zu beschaffen, sofort abgeschlachtet werden. Sechs Pferde hat derselbe somit seit Kriegsausbruch verloren.

* Die beiden Söhne des Bürodieners Franz Moulrier, der Wehrmann Nikolaus und der Musikant Franz Moulrier, welche vor kurzer Zeit durch Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden, sind an Kaisers Geburtstag befördert worden und zwar erstgenannter zum Unteroffizier, letzterer zum Gefreiten.

* **Die Verwendung von Superphosphatgips.** Feinde ringsum! Was das Schwert nicht vermag, das soll der Hunger tun. Auch darin sollen sie sich täuschen. Freilich bedarf es der Zusammenfassung aller Kräfte, um die große Aufgabe zu lösen. In vorderster Reihe steht die Frage der Düngung. Ohne Düngung keine ergiebige Ernte. Kali haben wir zwar genug im Lande, aber damit ist es nicht allein getan, auch Stickstoff und Phosphorsäure muß dem Boden zugeführt werden. Daran aber fehlt es. Insbesondere an Stickstoff. Die Beschaffung von großen Mengen ist unter diesen Zeitverhältnissen leider nicht möglich. Wir müssen im Kleinen zusammentragen, um wenigstens über die Haupt-schwierigkeiten hinwegzukommen. Viele Wenig geben ein Viel. So wird es auch in anderen Artikeln gemacht — und es geht. Der im Stallmist enthaltene Stickstoff geht häufig verloren, er verflüchtigt, weil er nicht gebunden wird. Das kann durch Einstreuen an Superphosphatgips, Düngegips verhindert werden. Die 50/60 % schwefelsaurer Kalk des Düngegipses halten das Ammoniak des Stallmistes oder der Jauche fest, so daß der Acker nicht nur gehaltlose Jauche zugeführt wird, sondern kostbarer Stickstoff, wodurch der Boden sich dankbar erweist, durch erhöhte Ernteerträge. Und die Wiesen und Aalefelder nehmen gern den schwefelsauren Kalk des Superphosphatgipses in sich auf und verarbeiten ihn mit Vorteil. In früheren Jahren wurde bekanntlich sehr viel „gegipt“, warum sollen wir in Zeiten der Not nicht wieder darauf zurückgreifen? Gleichfalls kommt in Betracht, daß Superphosphatgips auch etwa 2 % Gesamtphosphorsäure enthält, die bei dem Phosphatmangel von Bedeutung sind. Stickstoff und Phosphorsäure können wir durch Anwendung von Superphosphatgips für den Boden nutzbar machen und noch dazu mit wenigem Geld, und wenn es sich auch nicht um einen vollwertigen Ersatz handeln kann, so ist es doch ein wertvoller Rohstoff, der nirgend unbeachtet bleiben sollte. Alte Geflogenheiten, liebgeordnete Gewohnheiten müssen dem eisernen Gebot der Stunde untergeordnet werden — denn Feinde ringsum.

* **Düngegips als Ersatzdünger für Wiesen und Felder.** Bei der herrschenden Knappheit an Stickstoff- und phosphorsäurehaltigen Düngemitteln, aber auch mit Rücksicht darauf, daß die Düngung unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, ist es Pflicht, nach Düngemitteln Umschau zu halten, welche geeignet erscheinen, weitmöglichsten Ersatz für das Fehlende zu bieten. Düngegips (Superphosphatgips) ist infolge seines Gehaltes an schwefelsaurem Kalk ein vorzügliches Mittel, den in der Jauche und in dem Stallmist enthaltenen Stickstoff zu binden und dadurch verhindert er, daß dieser wertvolle Stickstoff unbenuzt verflüchtigt. Dieser Umstand ist es aber nicht allein, der den Bezug von Düngegips (Superphosphatgips) erfordert, sondern auch die Tatsache, daß er für Wiesen und Aalefelder ausgezeichnete Dienste leistet, umso mehr als der Düngegips auch noch Gesamtphosphorsäure enthält, die für den Boden eine beachtenswerte Bereicherung bedeuten. Es sollte daher unter heutigen Verhältnissen der Düngegips auch als Ersatz für Wiesen und Aalefelderdüngung allgemeine Anwendung finden was umso eher möglich ist, als der billige Preis den Bezug für jedermann erleichtert. Zum Ausstreuen genügen auf den Morgen ungefähr 4—5 Zentner.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 1. Febr. (W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An vielen Stellen der Front brachten Erkundungsvor-sätze wertvolle Feststellungen über den Feind.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei sehr strenger Kälte nur an wenigen Stellen lebhaft Kampf-tätigkeit.

An der Karajowka, südlich von Lipnica Dol-na, gelangten Teile eines sächsischen Regiments in die ruf-fische Stellung und kehrten mit 60 Gefangenen und 1 Ma-schinengewehr als Beute zurück.

An der Front des Generaloberst Erzherzog Josef und bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Radensen kleine Vorfeldgefechte und vereinzelte Artilleriefeuer.

Mazedonische Front.

Südwestlich des Doiran-Sees nach starkem Feuer vorgehende Abteilungen wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Von nah und fern.

Höchst, 31. Jan. Stadtverordneten-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünschte der Vorsitzende Dr. Beil den Stadtverordneten Hartleb zu seinem 25jährigen Jubiläum im Dienst der Ortskrankenkasse, er gibt der Freude Ausdruck, daß das Institut unter der Leitung des Jubilars einen hervorragenden Aufschwung genommen habe und wünscht unter dem Beifall der Versammlung, daß Herrn Hartlebs wertvolle Kraft noch lange dem Dienst der Stadt erhalten bleiben möge. Bewilligt wurden die Aufnahme einer Anleihe von 500 000 M für Kriegswohlfahrtszwecke und 500 000 M zum Einkauf von Lebensmitteln. Nunmehr trat die Versammlung in die Beratung der Eingemeindungsfrage ein, die Oberbürgermeister Dr. Janke begründete. Nachdem verschiedene Stadtverordnete, Oberbürgermeister Dr. Janke und Stadtverordneter-Vorsitzer Dr. Beil hierzu gesprochen hatten, folgte nicht öffentliche Sitzung, weil nunmehr Personalangelegenheiten zur Sprache kamen. Die mit den drei Gemeinden vereinbarten Sonderverträge wurden unverändert und einstimmig angenommen und ebenso die sich hieraus ergebenden Forderungen genehmigt, welche an verschiedenen, hier bestehenden Einrichtungen zu treffen sind. So soll die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert weggelassen und durch Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer ersetzt werden; bei der Umsatzsteuer bleiben Beträge bis zu 1500 M (unbebaute Grundstücke) bzw. 5000 M (bebaute Grundstücke) künftighin steuerfrei, für die Rehrichthabfuhr wird eine Gebühr nicht mehr erhoben, die Aepfelweinsteuer kommt in Wegfall. Weiter wurde beschlossen, daß die Stadt von dem ihr nach vollzogener Eingemeindung zustehenden Recht, aus dem Kreisverbande auszuscheiden, innerhalb der nächsten 10 Jahre keinen Gebrauch mache, also beim Kreis verbleibe. Der Gemeinde Unterlieberbach werden 5 Stadtverordnete und 2 Magistratsräte, der Gemeinde Sindlingen 4 resp. 1 und der Gemeinde Zeilsheim 3 Stadtverordnete zugebilligt. Ebenso wurden verschiedenen Wünschen bezüglich Straßenbau, elektrischer Bahnverbindung, Parkanlagen usw. in Sonderabmachung mit den betreffenden Gemeinden Rechnung getragen.

— **Begleich der Aepfelweinsteuer.** Als eine Folge der Eingemeindungsverhandlungen ist mit der Abschaffung der Aepfelweinsteuer zu rechnen. Die Landgemeinden wollten von dieser Steuer, die sich auch in Höchst niemals einer besonderen Zuneigung erfreute, nichts wissen, und so hat denn die Stadt nachgegeben und wird die Steuer auch in ihrem neuen Haushaltsplan streichen, was sie mit um so weniger Schmerzen tun kann, als diese Abgabe in den letzten Jahren kaum noch nennenswerte Beträge ergeben hat.

Israel. Gottesdienst in der Synagoge in Rödigstein. Freitag abends 8.00 Uhr, Samstag morgens 9.00 Uhr, nachmittags 3.30 Uhr, abends 6.10 Uhr.

Bekanntmachung.

Die landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse bietet an: Superphosphatgips (Düngegips) zu 150 M. pro 200 Zentner ab Lagerstation. Bestellungen werden Freitag, den 2. Februar, vormittags von 8—10 Uhr, im Rathaus, Zimmer Nr. 3, entgegengenommen. Ueber die Verwendung von Düngegips folgt im redaktionellen Teil nähere Anleitung.

Rödigstein im Taunus, den 31. Januar 1917.

Der Magistrat: Jacobs.

Bekanntmachung.

Die landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse bietet an: Saathäfer, Saatgerste, Sommerhafer, Roggen, ferner Saathäferfrüchte. Bestellungen werden bis spätestens Freitag, den 2. Februar, vormittags 10 Uhr, im Rathaus, Zimmer 3, entgegengenommen.

Rödigstein im Taunus, den 31. Januar 1917.

Der Magistrat: Jacobs.

Am 1. 2. 1917 ist eine Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme von Patronen (Sulfat-) Zellstoff, Spinnpapier und Papiergarn“ erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.

Wurstverkauf.

Freitag, den 2. ds. Mts., gelangt in dem hiesigen Rathauslaale frische Leber- und Blutwurst zum Verkauf und zwar an die Inhaber der Fleischkarten von Nr. 1—350. Fleischkarten sind vorzuzeigen. Der Verkauf findet in folgender Reihenfolge statt:

Nr. 1—100 nachmittags von 1—2 Uhr,
" 101—225 " " 2—3 "
" 226—350 " " 3—4 "

Die Reihenfolge ist genau einzuhalten.

Rödigstein im Taunus, den 1. Februar 1917.

Der Magistrat: Jacobs.

Bekanntmachung.

Die Bezugsscheine für Schuhwaren werden morgens von 11—12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 4, ausgestellt.

Rödigstein im Taunus, den 31. Januar 1917.

Der Magistrat: Jacobs.

Mädchen

gesucht für Haus und Küche. Guter Lohn. Eintritt 15. Februar. Haus Limpurg, Rödigstein.

Bei vorkommenden Sterbefällen

Trauer-Drucksachen

sach durch Druckerlei Albrecht. Rödigstein.

Mit Gerste, Weizen, Kartoffel, Hafer und Kapsel 1 Morgen oder mehr bestellte bzw. zu bestellende Acker im Oberaunm-kreis gegen hohen Pachtpreis zu pachten gesucht. Dieselben müssen durch den Pächter abgeerntet werden. Für die bei der Bestellung u. Ernte etwa erforderl. Hilfskräfte kann nötigenf. eine feste Vergütung im Voraus vereinbart werden. Ang. unter X 99 an die Geschäftsstelle.

Grundstück

(auch Baumstück) zum Anbau von Kartoffeln geeignet, zu pachten od. zu kaufen gesucht. — Ang. unter A Z an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Villa

oder größere Wohnung zu mieten gesucht aus Jahr. Ausführl. Offerten nebst Preis unter F J N 4612 an Rudolf Mosse, Frankfurt am Main.